

Arbeitskreis Asyl und Bleiberecht

Schmardau 8, 29473 GÖhrde, Tel. 05862-6093, e-mail AK-Bleiberecht-Wendland@web.de

Presseinformation vom 25.02.2013

Paradigmenwechsel in der Abschiebepaxis?

Ein amtlicher Überfall am Samstag, dem 23.2.13, nachts um 3.30 Uhr auf eine Roma-Familie, die 16 Jahre im Landkreis Lüchow-Dannenberg gelebt hatte, ist wohl nicht der von der neuen niedersächsischen Landesregierung angekündigte Paradigmenwechsel, denn „ein Klima der Willkommenskultur fängt bei den Ausländerbehörden an“ (Koalitionsvereinbarung S.10).

Ein Vertreter der Ausländerbehörde und 10 Polizisten gaben der schwer traumatisierten Mutter und den sieben und dreizehn Jahre alten Söhnen 1,5 Std. Zeit, um ihre Sachen zusammenzupacken. Der 16 jährige Bruder übernachtete bei Freunden. Deshalb konnten die Polizisten auch den Vater nicht mitnehmen, weil der minderjährige Jugendliche nicht allein zurückgelassen werden konnte. Die Familie wurde getrennt und die Mutter wurde mit den beiden Kindern in den Kosovo abgeschoben. Eine Abschiebung am Wochenende per Linienflug ist sehr ungewöhnlich.

Ist das eine Abschiebung im Schünemann-Stil, schnell, bevor die neue niedersächsische Regierung sie vielleicht verhindert hätte?

Es gab keine schriftliche Ankündigung, keine aktuelle amtsärztliche „Stellungnahme zur Reisefähigkeit“, (Die letzte Stellungnahme von Ende 2011 bescheinigte: „nicht reisefähig“). Umfangreiche fachärztliche Atteste bescheinigten die Krankheit. **Die Klage wegen Anerkennung** der Traumatisierung als Abschiebehindernis ist noch nicht entschieden. Die Abschiebung am Wochenende ist vermutlich strategisch geplant, um Widerspruch und Einspruch zu verhindern: kein Rechtsanwalt, kein Gericht, kein Flüchtlingsrat, kein Arzt, kein Politiker, keine Behörde waren dienstlich erreichbar. So wurde auch die sonst übliche Abschiebebeobachtung am Flughafen umgangen. Es gab keine Möglichkeit der Verabschiedung nach 16 Jahren in Deutschland.

Der Arbeitskreis Asyl und Bleiberecht, Lüchow-Dannenberg fordert die Rückführung der Mutter mit ihren Söhnen, damit die Krankheit der Mutter behandelt werden kann, damit die Schüler ihren Abschluss und eine Ausbildung machen können, damit die Familie wieder zusammen ist.

Die seit vielen Jahren hier „geduldeten“ Asylbewerber brauchen endlich ein humanitäres Bleiberecht, was auch unserer Demokratie zugute käme.

Doris Weimann
für den AK Asyl und Bleiberecht